

Sozialbündnis kritisiert städtischen Haushaltsentwurf - Strukturelle Unterfinanzierung darf nicht zu Kürzungen im Sozialbereich führen

Das Sozialbündnis Krefeld sieht seine Befürchtungen angesichts der geplanten Verabschiedung des städtischen Haushaltsplans bestätigt. Mit dem Fokus auf vermeintlich prestigeträchtige Großprojekte wie das Kesselhaus oder den Surfpark, für den wenigstens teilweise auch bei der Stadt Kosten anfallen, setze die Stadtverwaltung falsche Prioritäten, so das Bündnis.

„Wir wissen, dass ein Großteil der finanziellen Herausforderungen durch Bund und Land gelöst werden müssen. Den Kommunen werden viel zu wenig Mittel bereitgestellt, die etwa durch eine Vermögensteuer eingebracht werden könnten. Die Parteien im Stadtrat sollten sich klar dahingehend positionieren, gleichzeitig aber auch die Schieflage im Haushalt korrigieren,“ so Wolfgang Bluhm, Sprecher des Sozialbündnisses.

Falsche Prioritäten zeigen sich laut Sozialbündnis durch die Kürzung bzw. Streichung von Mitteln im Sozialbereich (Familien- und Schuldner-Beratungsstellen, Integrationskurse), beim Klimaschutz und der Sportförderung sowie der Verschiebung bildungspolitisch relevanter Baumaßnahmen insbesondere im Grundschulbereich.

Und wo sind die finanziellen Mittel zur Umsetzung der Handlungsempfehlungen aus dem „Armuts- und Reichtumsbericht“ 2025, mit denen die Stadt ‚von Daten zu Taten‘ gelangen und „spürbare Veränderungen für den Alltag der von Armut betroffenen oder bedrohten Krefelder*innen bewirken“ will? Mit diesem Haushaltsentwurf werden Politik und Verwaltung eher das Gegenteil erreichen,“ kritisiert Lothar Wilhelms, ebenfalls Sprecher der Sozialbündnisses.